



# **SICHERHEITSPOLITISCHE ZEITENWENDE: REGIONALE UND INSTITUTIONELLE AUSWIRKUNGEN**

*Christoph Bilban, Johann Frank, Markus Gauster, Gerald Hainzl, Predrag Jureković,  
Hans Lampalzer, Walter Posch, Stephan Reiner, Doris Vogl*

*Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine bedeutet eine Zeitenwende für die europäische und österreichische Sicherheitspolitik. Er stellt bislang etablierte Paradigmen der internationalen Sicherheit und des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements in Frage. Für eine abschließende Bewertung ist es gut eine Woche nach Angriffsbeginn noch zu früh. Einige Auswirkungen in den für Österreich relevanten Regionen und sicherheitspolitischen Institutionen lassen sich dennoch bereits erkennen. Ungeachtet des konkreten Kriegsausgangs gehen die folgenden Thesen von einem grundlegenden Paradigmenwechsel in den Internationalen Beziehungen aus.*

## **Geostrategische Auswirkungen**

Der Angriff auf die Ukraine ist als Versuch zur unilateralen machtpolitischen Umgestaltung der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung zu werten. Die bereits erfolgten bzw. noch zu erwartenden politischen Reaktionen darauf stellen einen sicherheitspolitischen „Trendbruch“ dar. Aus analytischer Sicht ist insbesondere mit nachstehenden strukturellen und nachhaltigen wirksamen Entwicklungen zu rechnen:

- Massive Schwächung des Multilateralismus und der Bereitschaft zur gemeinsamen Bewältigung globaler Herausforderungen. Das kann auch eine ausbleibende Mandatierung von laufenden oder neuen Friedenseinsätzen etwa am Westbalkan bedeuten.
- Notwendigkeit zur Stärkung der europäischen Territorialverteidigung und

strategischen Abschreckung. Auch wenn bislang die Einheit des Westens (USA, NATO und EU) gewahrt werden konnte, so ist zukünftig nicht auszuschließen, dass bei einer gleichzeitigen militärischen Herausforderung der USA in Asien (etwa um Taiwan) oder im Falle einer Veränderung der innenpolitischen Verhältnisse nach den nächsten US-Präsidentenwahlen, Europa einem potenziellen Aggressor militärisch selbstständig Stand halten müsste. Jedenfalls ist die EU gefordert, weitaus mehr Verantwortung für die eigene militärische Sicherheit zu übernehmen, ihre Kräfte weit stärker als bisher zu bündeln

und die angekündigten Investitionen in Verteidigung bestmöglich zu koordinieren.

- Eine wirksame Verteidigungsfähigkeit gegen eine militärische Großmacht kann Europa nicht rein nationalstaatlich, sondern letztlich nur im kollektiv-europäischen Rahmen entwickeln. Daher gilt es die nationalen Streitkräfte konsequent, arbeitsteilig und mit Blick auf die Stärkung der europäischen rüstungsindustriellen Basis auf den gesamteuropäischen Bedarf auszurichten.
- Angesichts der negativen Erfahrungen der Ukraine im Zusammenhang mit der Aufgabe ihrer Atomwaffen, kann eine Tendenz zur verstärkten Proliferation von Massenvernichtungswaffen zum Schutz vor Angriffskriegen nicht ausgeschlossen werden.
- Die Konfrontation Russlands mit Europa hat das Potenzial, eskalierend auf andere Konflikte bzw. „Stellvertreter-Kriege“ in anderen Regionen insbesondere in Westafrika, im Nahen Osten und am Westbalkan zu wirken.
- Europäische Streitkräfte werden zukünftig nicht mehr vorrangig auf Krisenmanagement, sondern vielmehr auf Verteidigung und Resilienz ausgerichtet werden.
- Konzepte der Gesamt- und Territorialverteidigung bzw. von umfassender Sicherheitsvorsorge, welche alle Dimensionen von Sicherheit erfassen, werden an Bedeutung gewinnen und Sicherheitsstrategien werden grundsätzlich neu zu schreiben sein.
- Auch der in Entwicklung begriffene „Strategische Kompass“ der EU sollte erste Antworten auf die sicherheitspolitische Zeitenwende geben. Zumindest sollte er entsprechende Entwicklungsklauseln, insbesondere in der Frage der Umsetzung der EU-Bei-

standsverpflichtung gemäß Artikel 42, Absatz 7, enthalten.

- Russland wird nach seinem Angriffskrieg wohl die Konfliktaustragung im gesamten hybriden Spektrum fortsetzen, aber wegen der militärischen Bindung und bisherigen Verluste in der Ukraine wohl in der Wahl militärischer Optionen ressourcenbedingt limitiert sein.

### **Auswirkungen in ausgewählten Nachbarstaaten Russlands**

Der Ausgang von Russlands Krieg in der Ukraine ist derzeit noch unklar. Eines zeigt sich jedoch bereits deutlich: der belarussische Machthaber Aljaksandr Lukaschenka ist nun untrennbar in einer Schicksalsgemeinschaft mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin verbunden. Der Unionsstaat Russland-Belarus ist wohl zukünftig als Faktum anzusehen, sofern beide an der Macht bleiben. Die formale Umsetzung der offenen Fragen wird wahrscheinlich nach dem Ende des Krieges folgen.

Am 27.02.2022 wurde zudem über eine neue Verfassung beschlossen, welche aus dem bisher „atomwaffenfreien“ Staat einen potenziellen Vorposten für russische Nuklearwaffen macht. Auch die permanente Stationierung russischer Truppen ist nun möglich. Zugleich kann Lukaschenka jetzt verfassungsrechtlich gedeckt bis 2035 regieren. Die Amtszeiten Präsident Putins wurden im Zuge der russischen Verfassungsreform 2020 ebenfalls auf null gesetzt, was ihm theoretisch ermöglicht, bis 2036 weiter zu regieren. Die große Unbekannte bleibt aber, wie sich der verlustreiche Krieg in der Ukraine auf Putins Strategien zum Machterhalt auswirken wird.

Armenien hielt sich mit Reaktionen zurück, unterstützt jedoch Russland diplomatisch. Es ist seit der Niederlage im zweiten Karabachkrieg 2020 auf Moskaus Sicherheitsgarantien angewiesen, das mit „Friedenstruppen“ in Berg-Karabach präsent ist und regelmäßig bei der Umsetzung der

Trilateraler Erklärung vom 09.11.2020 vermittelt.

Am 22.02.2022 unterzeichneten Aserbaidschan und Russland in Moskau eine „Erklärung zur Bündnispartnerschaftlichen Zusammenarbeit“. Die Arbeit an dem umfangreichen Dokument wurde bereits 2021 gestartet. Die „Moskauer Deklaration“ ist aus aserbaidshanischer Perspektive als Gegengewicht zu den guten Beziehungen mit der Türkei zu sehen. Dass die aserbaidshanische Führung während der Unterzeichnung des Abkommens mit Moskau pro-ukrainische Kundgebungen im eigenen Land zulässt, ist ein weiterer Beleg für das selbstbewusste Balancieren Bakus zwischen Moskau, Ankara und Kiew.

Zwei „offene“ Fragen für Putins Bedrohungswahrnehmungen bleiben in der Region bestehen: Georgien und Moldau. Die andauernden Konflikte mit den abtrünnigen Regionen in beiden Staaten sind mögliche Ansatzpunkte für eine zukünftige Einmischung Russlands. Georgien versuchte dabei bisher zwischen den Vorteilen im Rahmen der Östlichen Partnerschaft der EU und den guten Beziehungen mit Russland zu balancieren. Georgiens Regierung unter der russlandfreundlichen Partei „Georgischer Traum“ reagierte zuerst so vorsichtig auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine, dass Kiew aus Protest seinen Botschafter aus dem Land abzog. Im Windschatten des ukrainischen EU-Beitrittsgesuchs, stellte nun auch Tiflis seinen Antrag auf EU-Beitritt. Das Prinzip der umfassenden Integration ohne Beitrittsperspektive der Östlichen Partnerschaftspolitik scheint damit aufgehoben zu sein und würde eine Neubewertung der Nachbarschaftspolitik erfordern.

Moldau hat als Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine den Ausnahmezustand ausgerufen. Es ist ein Ziel- und Transitland für Flüchtende aus der Ukraine. Präsidentin Maia Sandu hält an ihrem EU-Kurs fest. Die seit Herbst 2021 anhaltende, von Gazprom ausgelöste,

Gas-Preis-Krise setzt das Land jedoch unter Druck. Energielieferungen, insbesondere Gas, aus europäischen Ländern werden daher mittelfristig wichtiger. Zukünftig sollte bei der europäischen Energiewende und Dekarbonisierung auf Moldau im Speziellen, aber auch die anderen Länder der europäischen Nachbarschaft, nicht vergessen werden.

### **Auswirkungen am Westbalkan**

Der wegen ungelöster regionaler Konflikte noch immer sehr fragile Westbalkan ist seit den 2010er Jahren verstärkt zum Schauplatz geopolitischer Spannungen zwischen der EU bzw. den USA und Russland geworden. Moskau versucht seinen Einfluss auf die christlich-orthodoxe Bevölkerung insbesondere in der bosnisch-herzegowinischen Entität Republika Srpska, in Serbien, Nord-Mazedonien sowie Montenegro auszuweiten. Nach Einschätzung liberaldemokratischer Kräfte am Westbalkan, Brüssels und Washingtons befeuert die russische Regierung innenpolitische Konflikte in den Westbalkan-Staaten, um einen Erfolg der Konsolidierungspolitik der EU und allgemein eine vollständige Westintegration dieser Region zu verhindern.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine verstärkt die geopolitischen Spannungen auch am Westbalkan und vergrößert die Kluft zwischen prowestlichen und prorussischen Akteuren. Im Hauptfokus steht diesbezüglich der multiethnische Staat Bosnien und Herzegowina, auf dessen Gebiet wie auch im Kosovo internationale Friedenstruppen stationiert sind und der mit separatistischen Bestrebungen der Entität Republika Srpska konfrontiert ist. Die jährliche Verlängerung des Mandats von EUFOR ALTHEA, der militärischen Mission der EU in Bosnien und Herzegowina, war bisher von der Zustimmung Moskaus im VN-Sicherheitsrat abhängig. Eine weitere Zustimmung Moskaus zur Verlängerung des Mandats der EUFOR-Truppe, die wegen der instabilen globalen und regionalen Lage vorübergehend von 600 auf 1.100 Soldaten aufgestockt wird,

ist wegen der umfassenden Sanktionen Brüssels gegen Russland infrage gestellt.

Für das EU-Kandidatenland Serbien wird es im Kontext der russischen Aggression gegen die Ukraine immer schwieriger, den EU-Integrationsprozess fortzusetzen und gleichzeitig an Russland als wichtigem politischen Verbündeten, insbesondere in Bezug auf den serbischen Anspruch auf Kosovo festzuhalten. In Prishtina/Priština warnt die kosovarische Präsidentin Serbien davor, es Russland gleichzutun, und – ungeachtet der Präsenz von 3.700 Soldaten der Friedenstruppe KFOR – eventuell mit militärischen Mitteln seine Ziele gegenüber Kosovo durchsetzen zu wollen. Eine wichtige Rolle spielen geopolitische Aspekte auch in der aktuellen politischen Krise in Montenegro, einem NATO-Mitglied und EU-Kandidatenland. Pro-montenegrinische und pro-westliche Parteien stehen hier teilweise serbisch-nationalistischen und betont Putin-freundlichen Parteien antagonistisch gegenüber.

### **Auswirkungen in der Türkei und im Nahen und Mittleren Osten**

Der russische Angriff auf die Ukraine irritiert die meisten Staaten im Nahen Osten. Ein schneller Sieg Putins im separatistischen Donbas wäre wohl ohne größeren Kommentar akzeptiert worden, doch die Ausweitung der Feindseligkeiten auf das gesamte Gebiet der Ukraine und der entschlossene Widerstand der Ukrainer, zwang die Staaten zu Stellungnahmen. In den meisten Fällen wurde den Konfliktparteien zur Einstellung der Feindseligkeiten und zur Aufnahme von Verhandlungen geraten. Typisch für diese Einstellung ist die Haltung Irans. Teheran hat zwar die NATO und die USA als die eigentlichen Verursacher für die Situation in der Ukraine bezeichnet, dabei handelt es sich im Wesentlichen um Propaganda. In Wirklichkeit ähnelt die iranische Haltung nämlich der pro-russisch scheinenden aber im Kern neutralen chinesischen Haltung. Wie China sieht sich Iran in einer Partnerschaft mit den Russen, nicht in einer Alli-

anz. Zunächst sehen die iranischen Eliten sowohl die Ukraine als auch Russland als zuverlässige Waffenlieferanten und Wirtschaftspartner, die man nicht verlieren will, daher also der Wunsch nach einer raschen, friedlichen Lösung. Die vorsichtigen Statements aus Teheran spiegeln aber zwei weitere Aspekte der iranisch-russischen Beziehungen wider. So teilt der Iran die leidvolle Erfahrung abtrünniger, von den Russen gesponserter Provinzen und steht als Vielvölkerstaat Interventionen zugunsten separatistischer Entitäten prinzipiell kritisch gegenüber. Zum anderen setzt Teheran auf die russische Diplomatie in den Wiener Nuklearverhandlungen. Diese stehen nach iranischer Ansicht in keinerlei Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine.

Die Türkei wurde wie die meisten Staaten von der Eskalation der Ukraine-Krise überrascht. Russland ist einer der wichtigsten Wirtschaftspartner Ankaras und spielt in dem für die Türken wichtigen Syrienkonflikt eine kritische Rolle. Als man jedoch erkannte, dass Putin nicht sofort gewinnen wird, disponierte Ankara um und erklärte, dass Russland einen Angriffskrieg führt. Ankaras Beziehungen zu Kiew sind eng, es bestehen wirtschaftliche Verflechtungen. Die Ukraine war eines der ersten Länder, das türkische Bayraktar-Drohnen kaufte und gegen die Russen einsetzte. Die Türkei kam auch den Bitten Kiews nach und sperrte unter Berufung auf den Vertrag von Montreux die Meerengen am Bosphorus für Kriegsschiffe. Mit diesem Schritt der Solidarität konnte Erdoğan der drohenden Isolation seines Landes im Rahmen des transatlantischen Bündnisses zuvorkommen. Auf dem syrischen Kriegsschauplatz heißt das außerdem, dass die unter türkischem Einfluss stehenden Gruppen, sich ebenfalls für die Ukraine aussprachen. Das trifft auch auf die Al-Nusra-Front zu, die mit Blick auf Putins tschetschenische Kämpfer die Feindschaft Russlands gegen die Muslime betonte. Dadurch kann Ankara auch billig gegen die PKK-affilierten Gruppen in Rojava punkten, wo sich einige offen

für die russische Politik aussprachen und dadurch das gesamte Rojava-Projekt im Westen diskreditieren. Mittelfristig dürfte damit die Interventionsbereitschaft Ankaras in Nordsyrien steigen. Das geht umso leichter, als sich Damaskus als treuer Vassall Moskaus einseitig für die russische Position ausgesprochen hat.

Die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens hegen zu beiden Seiten des aktuellen Konfliktes enge wirtschaftliche und militärische Beziehungen. Dies betrifft vor allem Ägypten. Aus der Russischen Föderation werden Rüstungsgüter bezogen, darüber hinaus ist auch der Tourismus auf Gäste aus Russland ausgelegt. Aus der Ukraine erfolgt der Import von landwirtschaftlichen Gütern (Weizen u. ä.). Ägypten, als enger Verbündeter der USA ist bei dieser Konstellation in einer politischen und wirtschaftlichen Zwickmühle verhaftet.

Saudi-Arabien ist im Rahmen des OPEC+ Formates in enger energiepolitischer Abstimmung mit Russland. Es ist derzeit in der heiklen politischen Lage, die zunehmende Forderung Europas nach LNG-Produkten zu beachten, jedoch auch die enge Bindung an die OPEC-Preispolitik nicht zu verlieren. Saudi-Arabien war erst 2020 in eine Art „Ölpreiskrieg“ mit Russland eingetreten. Riad ließ durch eine Förderausweitung die Weltmarktpreise damals massiv einbrechen, was in Moskau zu einem massiven Budgetproblem führte. Im Energiesektor gilt das gegenseitige Verhältnis auch aktuell als angespannt.

Der Staat Israel hat sich im Konflikt klar auf Seiten der Ukraine positioniert. Ministerpräsident Naftali Bennet kündigte diesbezüglich Hilfslieferungen nach Kiew an. Der ukrainische Staatspräsident Wolodymyr Selenski ist selbst jüdischer Abstammung. Für Israel ist die jüdische Unterstützung gleich welcher politischer Konstellation Staatsdoktrin.

Eine Änderung der Verteidigungspolitik des Golf-Kooperationsrates ist derzeit nicht ableitbar. Die Vereinigten Arabischen

Emirate haben sich am 27.02.2022 bei der Abstimmung über die Annahme der VN-SR Resolution zur Verurteilung des Angriffes enthalten. Neben der energiepolitischen Involvierung ist man in den Golfstaaten vorerst überwiegend um eine politisch neutrale Haltung bemüht.

### **Auswirkungen auf Afrika**

Während der letzten Jahre hat Russland sein Engagement in Afrika verstärkt und dabei europäische, im Besonderen französische, Interessen herausgefordert. Ein Hebel sind Söldner der sogenannten Wagner-Gruppe, wie etwa in der Zentralafrikanischen Republik oder in Mali. Afrikanische Reaktionen auf den Konflikt waren bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Kenia) verhalten, da die Ukraine keine außenpolitische Priorität hat.

In den Fokus des künftigen europäischen Interesses rücken jene afrikanischen Staaten, die bisher aus Russland bezogene Ressourcen kompensieren können (z.B. Tansania). Zudem scheinen große Infrastrukturprojekte plötzlich rentabel zu werden. So wurde am 22.02.2022 das Trans-Saharan Gas Pipeline Project (TSGP) von Nigeria über Niger nach Algerien (über 4.000 km) wieder neu gestartet.

Aus europäischer Sicht wird sich das Internationale Krisen- und Konfliktmanagement (IKKM) zumindest argumentativ von Migration Richtung Sicherheit/Sicherung des Zugangs zu Ressourcen bzw. Kooperation zum Schutz entsprechender Infrastrukturen verschieben. Projekte, die bisher aus verschiedenen Gründen nicht realisiert wurden (zu teuer, nicht sicher genug), werden unter den gegebenen Umständen eine Neubewertung erfahren (siehe TSGP).

Afrikanische Staaten werden – je nach ihren Bedürfnissen – ihre sicherheitspolitische Ausrichtung wählen. Die Gefahr von Stellvertreterkonflikten/-kriegen wird dabei steigen, wobei innerstaatliche Auseinandersetzungen weiterhin bestimmend

bleiben werden. Russland hat dabei den Vorteil, nur interessengeleitet vorgehen zu können, ohne Rücksicht auf Staatsstreich etc. (z.B. Guinea, Mali) nehmen zu müssen. Afrikanische Abhängigkeiten von Russland (z.B. Weizen, Waffen) dürften dabei ebenfalls eine Rolle spielen. Für die Staaten der EU bedeutet das, künftig aktiver auf afrikanische Partner zuzugehen.

### **Auswirkungen auf Afghanistan und Zentralasien**

Russland wird seine Peripherie, insbesondere in Zentralasien und Afghanistan noch stärker kontrollieren, um Terrorismus, Islamismus und organisierte Drogenkriminalität effektiver bekämpfen zu können und um zentralasiatische Länder noch mehr an sich zu binden. Das bedeutet erstens mehr russische Streitkräfte entlang der Grenzen zu Afghanistan (v.a. in Tadschikistan) und zweitens mehr geheimdienstliche Präsenz in der Region. Russlands Position, das Taliban-Regime in Afghanistan u.a. aufgrund ihrer Verbindungen zum internationalen Terrorismus nicht anzuerkennen, wird gefestigt.

Neue (negative) Dynamiken könnten sich bei Verhandlungen der EU, Chinas und Russlands mit den Taliban im Hinblick auf die Bekämpfung von Terrorgruppen (z.B. der sogenannte Islamische Staat in der Khorasan-Provinz) und die Einhaltung internationaler Normen (z.B. Menschenrechte) ergeben. Eine stärkere Abstimmung Russlands und Chinas hinsichtlich Investitionen und der Bekämpfung gemeinsamer Bedrohungen in bzw. aus der Region Afghanistan ist zu erwarten. Es wird daher für die EU schwerer, ihre neue Global Gateway-Strategie sowie regionale politisch-diplomatische Bemühungen im Rahmen des Krisenmanagements umzusetzen bzw. dafür Partner zu finden.

### **China und das Internationale Krisen- und Konfliktmanagement**

Im Vorfeld der russischen Offensive in der Ukraine wurde im russisch-chinesischen

Kommuniqué vom 04.02.2022 eine „Neue Ära“ für den Bereich der Internationalen Beziehungen ausgerufen. Die Erklärung ist als gemeinsame Kampfansage gegen „westlichen Hegemonismus“ in internationalen Institutionen – insbesondere den VN – zu werten und wird mittelfristig polarisierende Folgewirkungen zeigen. China und Russland präsentieren sich im Tandem als Wortführer des „Globalen Südens“ und fordern diesen zu vereintem Widerstand auf. Es ist somit zu erwarten, dass die Europäische Union – und damit auch Österreich – in den kommenden Jahren in diversen internationalen Organisationen mit einer anwachsenden „anti-westlichen Frontlinie“ konfrontiert sein wird.

China hat darüber hinaus im Falle Russlands erstmalig die sicherheitspolitischen Interessen eines strategischen Partners als eigenes „Kerninteresse“ deklariert. Die Diktion lautet, es sei Moskaus „legitimes Kerninteresse“, den Stopp jeglicher NATO-Erweiterung einzufordern. Bislang wurde von „Kerninteressen“ ausschließlich in Bezug auf eigene, chinesische Ziele gesprochen und der Begriff nicht auf andere Staaten übertragen.

Hier ist zu beachten, dass die Definition von Kerninteressen im Kontext von etwaigen bilateralen bzw. multilateralen Spannungen und Krisen bereits ex ante Kompromisslösungen weitgehend ausschließt. Strategische Partnerländer können somit auf VN-Ebene auf die volle Unterstützung Chinas zählen, falls deren Position von Beijing als legitimes „Kerninteresse“ bewertet wurde.

Dies stellt insofern einen Umschwung im Bereich des internationalen Konfliktmanagements dar, als Beijing dadurch das außenpolitische Dogma der „Nicht-Einmischung in interne Angelegenheiten“ deutlich wahrnehmbar aufbricht. In der Folge wird sich der engere Kreis von Chinas strategischen Partnerländern entsprechend gestärkt fühlen und in zukünftigen bilateralen bzw. internationalen Konfrontations-szenarien offensiver auftreten.

Während aus russischer Perspektive offenbar der Zeitpunkt für eine unilaterale Umgestaltung der Weltordnung angesichts des fortschreitenden eigenen Niedergangs (wirtschaftlich, demografisch,...) und der falsch eingeschätzten Schwäche des Westens gekommen war, profitiert China noch vom status quo der kapitalistisch-geprägten Weltordnung.

### **Auswirkungen auf Friedenseinsätze**

Die Landes- und Bündnisverteidigung wird für EU-Staaten durch den Krieg in der Ukraine an Relevanz gewinnen und mit neuen Finanzmitteln ausgestattet werden. Europäische Beiträge zu Friedenseinsätzen bzw. militärische EU/GSVP-Einsätze werden dennoch weiterhin erforderlich sein.

Als Konsequenz aus dem Krieg in der Ukraine könnte rund um Deutschland und Frankreich ein verteidigungspolitisches Kerneuropa entstehen, das im Namen der EU mit der Durchführung von Friedenseinsätzen beauftragt wird. Das bisher in der GSVP vorherrschende Einstimmigkeitsprinzip würde zugunsten größerer Flexibilität in den Hintergrund treten. Für Österreich stellt sich die Frage nach der Mitwirkung an einem „Kerneuropa der Verteidigung“.

Für das Österreichische Bundesheer bedeutet das, dass neue Finanzmittel stärker in Agenden der Umfassenden Landesverteidigung und in Beiträge zur möglichen schnellen Eingreiftruppe der EU einfließen werden. Friedens- bzw. EU-Einsätze in Afrika und am Westbalkan könnten durch eine zunehmende Präsenz Russlands und Desinformationskampagnen auf wachsenden Widerstand treffen. Damit ist auch ein erhöhtes Bedrohungspotenzial für Missionen verknüpft. Zudem stellt sich nach den Erfahrungen aus Afghanistan und der Ukraine nicht die Frage, ob, sondern wie man bestmöglich mit problematischen Regimen verhandeln soll, um den Schutz der lokalen Bevölkerung zu gewährleisten und negative Auswirkungen auf Europa zu verhindern.

### **Die Zukunft des Multilateralismus, der OSZE und der VN**

Dass sich der Multilateralismus in einer tiefen Krise befindet, ist nichts Neues. In den letzten Jahren hat mit der Steigerung der geopolitischen Konkurrenz zwischen den Großmächten die politische Bereitschaft, kollektiv Probleme lösen zu wollen, kontinuierlich abgenommen. Mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat diese negative Dynamik nunmehr jedoch einerseits Europa in voller Härte erreicht und andererseits auch die völlige Machtlosigkeit auf kollektivem Handeln basierender internationaler Organisationen aufgezeigt.

Die 1945 in San Francisco unterzeichnete Charta der Vereinten Nationen, insbesondere das Gewaltverbot nach Artikel 2, Ziffer 4, wird skrupellos von einem ständigen Mitglied des Sicherheitsrats negiert, diplomatische Appelle auf globaler, als auch regionaler Ebene verhallen wirkungslos. Klar zeigt sich, dass sämtliche Versuche der Konfliktprävention sowie friedlichen Konfliktbeilegung wirkungslos sind, wenn dazu die politische Bereitschaft fehlt.

Die größte regionale Sicherheitsorganisation gemäß Kapitel VIII der VN-Charta, die OSZE, hat das Personal der 2014 gestarteten Sonderbeobachtungsmission in der Ukraine temporär evakuiert. Objektive Beobachtungen der Situation vor Ort sind damit marginalisiert. Das jährlich zu verlängernde Mandat der Mission endet mit 31.03.2022. Angesichts der glatten Missachtung der in der Präambel des Mandats festgehaltenen Prinzipien – Einhaltung der Charta der VN als auch der Schlussakte von Helsinki – hat das Mandat seine Grundlage verloren und ist zudem jeglicher Konsens aller 57 Teilnehmerstaaten völlig ausgeschlossen.

Ungeachtet der globalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vernetzung werden – für viele in dieser Entschlossenheit unerwartet – multilaterale Verbindungen

gekappt und die Legitimität Russlands im VN-Sicherheitsrat in Frage gestellt. Eine Rückkehr zur alten Ordnung ist derzeit nicht absehbar.

### Ableitungen

- Russlands Angriff auf die Ukraine stellt etablierte Paradigmen der internationalen Sicherheit in Frage. Die Zukunft des VN-Systems, aber auch der OSZE, wird wohl in dem Spannungsfeld zwischen westlichen Interessen und Werten sowie der russisch-chinesischen Kampfansage an den „westlichen Hegemonismus“ neu definiert werden.
- Die strategische Autonomie Europas soll durch den Ausbau europäischer Fähigkeiten zur Territorialverteidigung und strategischen Abschreckung gestärkt werden. Die gegenwärtige Einigkeit des Westens kann zukünftig nicht als gegeben hingenommen werden.
- Eine europäischen Verteidigungsfähigkeit kann nur gemeinsam, arbeitsteilig und bei gleichzeitigem Auf- bzw. Ausbau entsprechender rüstungsindustrieller Kapazitäten gelingen. Als erster Ansatz kann ein „Kerneuropa der Verteidigung“ rund um Deutschland und Frankreich geschaffen werden.
- Militärische Landesverteidigung rückt verstärkt in den Fokus der Planungen in Österreich und den anderen EU-Staaten. Konzepte der Gesamt- und Territorialverteidigung bzw. von umfassender Sicherheitsvorsorge, welche alle Dimensionen von Sicherheit erfassen, werden an Bedeutung gewinnen und Sicherheitsstrategien werden grundsätzlich neu zu schreiben sein.
- Der Angriff Russlands auf die Ukraine könnte zur verstärkten Proliferation von Massenvernichtungswaffen zum Schutz vor einem Aggressionskrieg führen.
- Die abtrünnigen Regionen in Georgien und Moldau bleiben Ansatzpunkte für mögliche zukünftige Interventionen und neuerliche Eskalationen der andauernden Konflikte seitens Moskau. Putin hat weiterhin als Ziel eine Erweiterung der NATO oder EU in seiner Nachbarschaft zu verhindern.
- Eine noch stärkere Abkehr von einem konstruktiven Verhalten in den internationalen Beziehungen ist bei Russland z.B. auch am Westbalkan zu erwarten, wodurch sich die ungelösten Probleme der Region verschärfen könnten.
- Für die Türkei ergeben sich aus neue Optionen in Syrien nachdem sich das Assad-Regime und auch das Rojava-Projekt im Westen mit ihren pro-russischen Positionen diskreditiert haben.
- In den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens werden sich die wirtschaftlichen Folgen (z.B. teurere/ausbleibende Importe von Weizen) auch mittelfristig auswirken. Zugleich profitieren die Golfstaaten von der energiepolitischen Neuausrichtung der EU und hohen Ölpreisen.
- Die Neuorientierung europäischer Energieinteressen rückt Afrika verstärkt in den Fokus der EU. Afrikanische Staaten werden – je nach ihren Bedürfnissen – ihre sicherheitspolitische Ausrichtung (neu) wählen. Für die Staaten der EU bedeutet das, künftig aktiver auf afrikanische Partner zuzugehen.

#### Impressum:

Medieninhaber/Herausgeber/Hersteller: Republik Österreich/BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: Landesverteidigungsakademie Wien/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Druck: Reproz W 20-XXXX, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



[www.facebook.com/lvak.ifk](https://www.facebook.com/lvak.ifk)